

# In Polen wird weiterlaviert

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 7

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337119>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

leihung des Friedens-Nobelpreises an Gouverneur Muñoz Marín befürwortet. Es wäre eine Ermutigung für die Sache der Freiheit und des sozialen Vormarsches, eine verdiente Anerkennung für einen wahrhaften Wohltäter seines Volkes. Und es ist auch nicht erstaunlich, daß Trujillos Presse und sein mächtiger Rundfunksender «La Voz Dominicana» (Die dominikanische Stimme) wütend gegen Muñoz Marín und Castro hetzen. Lateinamerikas demokratische Revolution isoliert den Generalissimus. Das Regime wird nervös. Der Aufbruch Lateinamerikas, der Erfolg der Demokratie in Puerto Rico verurteilen es.

Juni 1959.

**J. W. BRUEGEL**

## **In Polen wird weiterlaviert**

### *Die Ergebnisse des Warschauer Parteitages*

Seit dem Oktober 1956, der Wladyslaw Gomulka, 1949 als bourgeoiser Nationalist, Titoist und Agent der Wall Street verdammt und in den Kerker geworfen, in Polen zurück an die Macht brachte, ist viel Wasser die Weichsel hinuntergeflossen. Die dramatischen Auseinandersetzungen, die es damals mit dem aus Moskau herbeigeeilten Chruschtschow gab, sind verhallt. Manches von den Errungenschaften des «glorreichen Oktober» ist wieder verschwunden. Aber deswegen kann man doch nicht sagen, daß das polnische Volk um *alle* Früchte seiner Auflehnung gegen das Moskauer Diktat betrogen wurde. Licht und Schatten der polnischen Entwicklung kamen wieder klar zutage, als Mitte März nach wiederholter Verschiebung der Parteitag der polnischen Kommunisten in Warschau abgehalten wurde – der erste seit 1954, also seit den grundlegenden Änderungen, die in der Zwischenzeit vor sich gegangen sind.

Zwischen Polen und den übrigen Satellitenstaaten hat es aber schon immer nicht unwichtige Unterschiede gegeben. Gomulka und viele seiner Freunde hatten alle Scheußlichkeiten eines kommunistischen Kerkers über sich ergehen lassen müssen, aber es hat in Polen kein Todesurteil gegeben. (Gomulka hätte zwar der Prozeß gemacht werden sollen, doch Stalins Tod hat dessen Verhinderung erleichtert.) Polnische Kommunisten geben dafür einen zwar plausiblen, aber wenig partei-orthodoxen Grund: «Polen ist durch 150 Jahre von Rußland beherrscht worden. Darum wird kein Pole einen andern Rußland zuliebe umbringen.» Das wird geflüstert, aber nach außen hin wird natürlich die «unverbrüchliche Solidarität» mit der Sowjetunion immer wieder betont. Lange hat sich Gomulka geweigert, den im Ritual vor-

geschriebenen Kniefall vor der «führenden Rolle der Sowjetunion» vorzunehmen. Hier mußte er, wie in anderen Dingen, nachgeben, und er tat es wohl in der Überzeugung, daß man durch Lippenbekenntnisse das retten kann, woran ihm am meisten liegt: ein wenig Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit. Nur die Zukunft wird lehren, ob und inwieweit diese Erwartung berechtigt war.

In dem siebenstündigen Parteitageferat, mit dem der Generalsekretär Gomulka nach guter kommunistischer Tradition auch die geduldigsten Zuhörer ermüdete, fehlte denn auch die obligate Schimpferei auf die westdeutsche Bundesrepublik als beliebtem Sündenbock nicht. Sie enthielt die ebenso zu den Pflichtleistungen zählende Verurteilung der Politik *Titos* (die bei Vorliegen günstigerer geographischer Umstände wohl in eine Solidaritätserklärung geändert worden wäre), und sie ließ auch sonst kaum etwas aus, was im Moskauer Katechismus steht. In dem heikelsten aller Punkte mußte eine gewundene Begründung für die Formel herhalten, daß alle kommunistischen Parteien gleichberechtigt sind, eine aber «mehr gleichberechtigt» ist als die anderen:

«Diese Prinzipien (Gleichheit usw.) sind allen kommunistischen und Arbeiterparteien gemeinsam, obwohl eine von ihnen – die Kommunistische Partei der Sowjetunion – im Kreise der untereinander gleichberechtigten Parteien sich einer besonderen Autorität erfreut und eine Spitzenstellung einnimmt. Auf diese Position hat sie die Geschichte gestellt.»

Dieses Bekenntnis scheint für Moskau ausreichend gewesen zu sein, denn *Ignatow*, Chruschtschows Sendbote auf dem Parteitag, quittierte es mit einer Beteuerung, es gebe in der kommunistischen Welt keine übergeordneten oder untergeordneten Parteien. Auch sonst ging es in Warschau zu wie bei einem echten kommunistischen Parteitag, der zwar unzählige Reden, aber keinerlei wirkliche Debatte kennt und immer in einstimmig angenommenen Resolutionen ausklingt. Vielleicht war ein kleiner Unterschied doch darin festzustellen, daß der Tagung nicht die Theatralik anhaftete, die man sich sonst angelegen sein läßt und daß auch die Presse nicht den Auftrag hatte, die Bedeutung dieses Parteitages zu einem einmaligen Ereignis zu steigern.

### *Die wirtschaftlichen Schäden des Stalinismus nur teilweise überwunden*

Sklavisch hielt sich Gomulka auch an die vorgeschriebene Rangordnung, der zufolge in einem Parteitageferat erst die wirklichen oder angeblichen Erfolge gefeiert werden müssen, woran sich eine Bloßstellung von Mißständen zu schließen hat. Vieles von dem, was Gomulka nach der einen oder anderen Richtung sagte, hätte ebensogut Kadar oder Ulbricht aussprechen können. Zweifellos haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen seit den katastrophalen Zeiten des extremen Stalinismus vielfach gebessert. Aber es

geht nur um eine Beseitigung der schreiendsten Ungerechtigkeiten, einen graduellen Aufstieg, nicht jedoch um einen grundlegenden Wandel, denn wenn den Methoden auch vielfach die Schärfe genommen wurde, hat man sie doch im Grunde beibehalten und vor allem an der wirtschaftlichen Abschnürung Polens vom Westen wenig geändert. Auch wenn man sich die unvorstellbar niedrigen Löhne der Stalin-Periode vor Augen hält, kann man sich von Gomulkas Behauptung beeindrucken lassen, daß in den letzten drei Jahren eine Verbesserung der Reallöhne um 24,8 Prozent eingetreten ist. Die Sache klingt dann weniger imponierend, wenn man hört, daß die niedrigsten Löhne immer noch auf der gleichen «Höhe» verblieben sind und daß immer noch 4,2 Prozent der Arbeiter weniger als 600 Zloty monatlich und 2,9 Prozent zwischen 600 und 700 Zloty verdienen. (Vergleichszahlen für den Zloty anzuführen, wäre wertlos. Es handelt sich angesichts der hohen Preise um völlig unzureichende Einkommen.) Nicht gesagt auf dem Parteitag wurde – vielleicht weil es ohnehin jeder weiß –, daß man, um halbwegs leben zu können, in einer Familie immer noch mindestens drei Löhne haben muß, daß also der Familienvater zwei Berufe braucht, um zusammen mit seiner im Arbeitsprozeß stehenden Frau auszukommen. Ein Mißklang in das viele Eigenlob, das die Parteifunktionäre am Warschauer Kongreß am laufenden Band von sich gaben, war der Notschrei einer Textilarbeiterin aus Lodz. 68 Prozent der Arbeitskräfte in der Textilindustrie sind dort weiblichen Geschlechts. Sie müssen Schichtarbeit und damit Nachtarbeit leisten – eine in sozial auch wenig fortgeschrittenen Ländern längst verbotene Geißel. «Erschöpft von der Nachtarbeit», wurde da gesagt, «beginnen sie am Morgen gleich ihren Pilgerzug von Geschäft zu Geschäft, um die nötigen Lebensmittel zu kaufen. Das endet in Flüchen, in zerrütteten Nerven, in dem Verlust von wertvoller Zeit, beim Schlangestehen. Urlaube für Frauen mit Kindern sind jetzt ganz unmöglich.»

### *Gomulkas Lamento*

Zwar verurteilte Gomulka in scharfen Worten den überstürzten und vielfach nur Prestigebedürfnissen entsprungenen Industrialisierungsprozeß der Jahre 1949 bis 1956 und sah sich zu einer Ankündigung der Kürzung des Investitionsprogrammes gezwungen. Aber das hinderte ihn nicht, nach höheren Leistungen zu rufen, derer die polnische Wirtschaft einfach nicht fähig ist:

«Nehmen wir zum Beispiel die Maschinenindustrie. Sie ist mit Werkzeugmaschinen gut ausgestattet, aber es ist allgemein bekannt, daß ihre Ausnutzung auf niedriger Stufe steht. So beträgt in den Szadowski-Werken in Krakau der Auslastungsgrad der Werkzeugmaschinen (auf zwei Schichten gerechnet) 62 Prozent, in Schweidnitz 60 Prozent und in Neiße sogar nur 55 Prozent. Er sollte etwa 85 Prozent betragen . . . Wir leiden

weiter unter täglichen Leistungsschwankungen der modernen Hochöfen in der Lenin- und der Bierut-Hütte. In der ersteren schwankte 1958 die Tagesproduktion von Rohstahl zwischen 4200 und 2500 Tonnen, in letzterer zwischen 1900 und 1000 Tonnen. Die mittlere Stillstandszeit des Walzwerkes beträgt in unseren Hütten 39 Prozent, während sie anderswo auf 20 Prozent gesenkt werden konnte... Durch Unwirtschaftlichkeit entsteht bei uns ein übermäßiger Verbrauch von Koks zur Herstellung von Düngemitteln in der Höhe von mehr als 100 000 Tonnen jährlich... Es dauert endlos, bevor neue Erzeugnisse auf den Markt kommen. Das erste Exemplar des 8-Tonnen-Lastkraftwagens wurde zum Beispiel schon 1956 fertiggestellt, aber eine Serienerzeugung wurde bis heute nicht aufgenommen. Der Zyklus der Ausarbeitung der Produktion der 25-MW-Turbine dauerte fünf Jahre... Die Bilanzen der vier Schlüsselindustrien, nämlich Leicht-, Schwer-, Baumaterialien- und chemische Industrie, für 1957 zeigen, daß die Verluste durch Schundarbeit und schlechte Qualität 1,3 Milliarden Zloty betragen, was ungefähr ein Prozent der Gesamtkosten der Produktion dieser Betriebe ist, wobei die Verluste in der Maschinenindustrie etwa 2,6 Prozent des Produktionswertes betragen...»

Noch immer sei die Qualität der Erzeugnisse niedrig und die «Gigantomanie» bei der Schaffung neuer Betriebe nicht ausgerottet. Ziemlich einsilbig äußerte sich Gomulka über eine im Vorjahr abgewürgte Errungenschaft des «Oktober», nämlich die spontan erstandenen *Arbeiterräte*. Man hat nicht gewagt, sie abzuschaffen, aber man hat sie in eine «Arbeiterselbstverwaltung» hineingezwungen, in der die anderen Komponenten, der «Betriebsrat» und das «Partei-Komitee», schon dafür sorgen, daß die gewählten Vertreter der Arbeiter nichts zu sagen haben. Um das zu unterstreichen, hat Gomulka trocken verkündet: «Für den ordentlichen Stand eines Unternehmens ist dessen Direktor verantwortlich.»

Fast so heikel wie die Beziehungen zum «großen slawischen Bruder» ist für das Gomulka-Regime die *Agrarfrage*. Die verhaßten Genossenschaften, in die man die Bauern gepreßt hatte, sind unmittelbar nach dem unblutigen Umsturz im Jahre 1956 von der Oberfläche verschwunden. Ihre Wiedererrichtung gegen den Widerstand der Bauernschaft ist ein Ding der Unmöglichkeit, aber ein kommunistisches Regime müßte sich selbst verleugnen, wenn es dieses Ziel aufgäbe. Gomulka und der Landwirtschaftsminister *Ochab* (den Gomulka 1956 aus der Leitung des Parteisekretariates verdrängte) wählten da den Ausweg, die Kolchoswirtschaft als ein ideales Fernziel zu preisen, das gegenwärtig kaum in Frage komme, weil man sich keine auch nur vorübergehende Senkung der landwirtschaftlichen Produktion leisten könne – eine deutliche Ohrfeige für die Kolchosierungsfanatiker in der deutschen Sowjetzone und in der Tschechoslowakei. Hier dürfe in Zukunft kein Druck ausgeübt werden, und alles müsse mit Zustimmung der Bauernschaft

vor sich gehen. Ähnliches wurde auch zu Stalins Zeiten gesagt und in der Praxis verleugnet. Die Bauern werden daher ihr Mißtrauen kaum aufgeben.

### *Der Hauptfeind – die Sozialdemokratie*

Wenn jemand noch die Illusion gehabt haben sollte, daß Gomulka, vielleicht nolens volens, auf einen Zustand hinsteuere, der sich wahrer Demokratie irgendwie nähert, mußte er von dem Warschauer Parteitag enttäuscht worden sein. Da wurde das ganze Arsenal kommunistischer Scheinargumente gegen die Demokratie verwendet, um zu beweisen, daß Ähnliches für Polen nicht in Frage komme. Auch das, was die Kommunisten «innerparteiliche Demokratie» nennen, darf der Kongreßresolution zufolge «nicht für Zwecke mißbraucht werden, die den Parteiinteressen zuwiderlaufen». Den «Dogmatikern» – diese Bezeichnung für die stalinistischen Unterdrücker des polnischen Volkes ist an sich schon eine Schönfärberei – wurde in den Reden weit weniger Aufmerksamkeit geschenkt als den «Revisionisten», wie die Leute genannt werden, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit verlangen. Gomulka äußerte sich über die «Dogmatiker», die ihn beinahe an den Galgen gebracht hätten, in paternalistisch-wegwerfendem Ton: sie seien an sich ganz gute Kommunisten, klammerten sich aber an den Buchstaben und würden sich Veränderungen der äußeren Umstände gegenüber taub und blind stellen. Mit unrevolutionärer Pedanterie bestand Gomulka darauf, daß die bisher formell nicht widerrufenen und seine Politik verurteilenden Partioresolutionen von 1949 bis 1953 vom Parteitag in aller Form aufgehoben werden, denn dazu sei eben nur der Parteitag zuständig. Daß die Stalinisten noch nicht so ganz machtlos sind, konnte man Andeutungen *Zawadskis* entnehmen, der immerhin das formelle Staatsoberhaupt Polens ist. Er beklagte die «Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit» in der Vergangenheit, vergaß aber nicht hinzuzufügen, daß sie im Falle mangelnder Wachsamkeit die Tendenz hätten, sich wieder fühlbar zu machen. Gomulka hingegen ließ sich nicht beirren in seinem Bestreben, die Gefahr des «Dogmatismus» als geringfügig hinzustellen im Verhältnis zu der des «Revisionismus». Von seinem Standpunkt aus hat er da zweifellos recht. 1956 war er von der Welle der Popularität an die Spitze der Partei geschwemmt worden, in der er damals kaum eine Stütze besaß. Inzwischen sind die Menschen weitgehend von ihm und dem neuen Kurs enttäuscht worden, aber er hat dafür die Partei fest in die Hand genommen und beherrscht sie jetzt souverän. Die Gefahr für ihn ist das Sehnen der Menschen nach *wahrer* Freiheit, nicht nur nach Nachlassen eines unerträglichen Druckes. Um diese Sehnsucht zu diffamieren, nennt er sie «revisionistisch», aber es bleibt kaum verborgen, wohin er zielt:

«Die Revisionisten, mit pseudolinken Phrasen rasselnd, übernahmen meistens die Grundbegriffe der sozialdemokratischen Ideologie.»

Noch deutlicher wurde er in seinem Schlußwort:

«Der Dogmatismus entstellt das Wesen des Marxismus-Leninismus. Aber der Revisionismus arbeitet, bewußt oder unbewußt, auf die Liquidierung des Marxismus-Leninismus zugunsten der Sozialdemokratie hin.»

Ungefähr so sagen das die Stalinisten auch, und doch gibt es zwischen Polen und den anderen kommunistischen Staaten einen bezeichnenden Unterschied. In einer politischen Demokratie kann man einer politischen Partei beitreten oder aus ihr austreten, wie es einem beliebt. In Rumänien oder Bulgarien ist ein freiwilliger Austritt aus der herrschenden Partei undenkbar, es sei denn, es handle sich um Selbstmordkandidaten. Nach den jetzt in Warschau beschlossenen Änderungen im Parteistatut tritt da eine Lockerung ein. Man kann von nun an in Polen aus der Partei austreten, wenn man *ein schriftliches Gesuch um Streichung stellt*. Ausdrücklich wird gesagt, daß an sich harmlosen Menschen der Parteiaustritt in ihrer Beschäftigung keinen Schaden zufügen darf. Die – wenigstens theoretische – Zulassung des Parteiaustritts zeigt, wie sehr sich Polen vom sowjetischen Gewaltsystem entfernt hat. Aber die Tatsache, daß man Sicherungen für die Wagemutigen einbauen muß, zeigt, wie weit man noch von normalen Verhältnissen entfernt ist.

## OECONOMICUS

### Der europäische Großmarkt in der Weltwirtschaft

#### *I. GATT (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel)*

In ihrer 14. Session setzten die Vertragsstaaten des GATT vor allem ihre Bemühungen zur Lösung der beiden Hauptprobleme des Handels der westlichen Welt fort, nämlich:

1. die Fragen, die aus der wirtschaftlich und sozial schlechten Lage der unterentwickelten Gebiete sich ergeben;
2. den neuen Regionalismus, konkret bereits verkörpert in der EWG, von deren Bildung zahlreiche Drittländer schwerwiegende Nachteile für ihren Handel befürchten.

*Der Handel der westlichen Welt* – 90 Prozent des Welthandels, aber mit langsam fallendem Anteil – ist voller Probleme, die die Vertragsstaaten möglichst rasch bereinigen müßten.

Dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), dessen Organisation rein westlichen Auffassungen über Handel und Wirtschaft entspricht, gehören derzeit 37 Vertragsstaaten an, die nach Stufe und Struktur ihrer Wirtschaft und nach Lebensstandard und Lebensbedürfnissen ihrer Bevölkerung sehr verschiedenartig sind. Dementsprechend sind auch ihre Interessen